In der Parteigerichtssache

CDU-OV B-St-S

g e g e n

H

wegen Wahlanfechtung hat das Bundesparteigericht der CDU auf seiner Sitzung am 10. Dezember 1982 in Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, durch

Staatssekretär a.D. Dr. Heinrich Barth

-als Vorsitzender-

Präsident des Landessozialgerichts

Dr. Emil Scherer

Rechtsanwalt

Friedrich Wilhelm Siebeke

Landrat a.D.

Heinz Wolf

Rechtsanwältin und Notarin

Dr. Ilse Becker-Döring

-als beisitzende Richter-

nach Erörterung der Sach- und Rechtslage beschlossen:

1. Das Verfahren vor dem Bundesparteigericht wird eingestellt, nachdem der Antragsgegner, Beschwerdegegner und Rechtsbeschwerdeführer, der CDU-OV B-St-S, durch den am 16. November 1982 bei der Geschäftsstelle des Bundesparteigerichts eingegangenen Schriftsatz vom 13. November 1982 die Rechtsbeschwerde vom 07. Oktober 1981 zurückgenommen hat; auch der Beigeladene und Rechtsbeschwerdeführer, der CDU-Kreisverband B-St, hat durch seinen am 22. November 1982 bei der Geschäftsstelle des Bundesparteigerichts eingegangenen Schriftsatz vom 19. November 1982 seine Rechtsbeschwerde vom 07. Oktober 1981 zurückgenommen und dabei ausdrücklich mitgeteilt, daß er damit das Parteigerichtsverfahren als erledigt ansehe.

2. Das Parteigerichtsverfahren war daher nach § 21 PGO einzustellen.

3. Nach § 43 Abs. 1 und 2 PGO sind die Verfahren vor den Parteigerichten gebührenfrei; ein Anlaß, die Erstattung von Kosten und Auslagen anzuordnen, besteht nicht.